

Landespressekonferenz am 13.05.2019, 10:00 Uhr, Stuttgart

Vorstellung der forsa-Repräsentativbefragung:

**„Inklusion aus Sicht der Lehrkräfte in Baden-Württemberg –
Meinungen, Einstellungen und Erfahrungen“**

Durchgeführt im Auftrag des VBE Baden-Württemberg

Gerhard Brand

Landesvorsitzender

VBE Baden-Württemberg

Stellvertretender Bundesvorsitzender VBE

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich stelle Ihnen heute die vierte Umfrage des VBE zum Thema Inklusion aus Sicht der Lehrkräfte in Baden-Württemberg vor. Unsere erste Umfrage im Jahr 2013, mit infratest dimap, und den folgenden Umfragen ab 2015, mit forsa, war eine Reaktion auf die Verabschiedung der UN-Behindertenrechtskonvention und der begonnenen Umsetzung der Inklusion an Schulen in den einzelnen Bundesländern. Das Thema Inklusion ist inzwischen in der breiten Öffentlichkeit angekommen und wird dort, wie auch in den Medien, kontrovers diskutiert. Wir haben mit den Veröffentlichungen unserer Studien die Inklusionsbemühungen des Landes kritisch begleitet. Mit unseren Umfragen haben wir ein realistisches Bild aus dem Schulalltag erhalten und es an die politisch Verantwortlichen adressiert.

Der VBE bleibt dran: Um nach zwei Jahren ein aktuelles Meinungsbild zu ermitteln, haben wir die Befragung im Frühjahr 2019 erneut durchführen lassen. Im Rahmen der Untersuchung

wurden insgesamt 500 Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg befragt. Wir haben somit fürs Land hochrepräsentative Ergebnisse. Von den 500 befragten Lehrkräften unterrichten derzeit 117 selbst in inklusiven Klassen. Wir können die Daten mit den ebenfalls repräsentativen Ergebnissen unserer erstmaligen Untersuchung von 2015 und der beiden Folgestudien aus 2016 und 2017 vergleichen. Die Untersuchung aus 2013 liegt in den Ergebnissen vor, wird hier aber aufgrund eines geänderten Untersuchungsformats nicht verwendet – ab 2015 haben alle Untersuchungen ein vergleichbares und einheitliches Format!

Mehr Inklusion an Schulen

Ein erster Vergleich dieser Studien zeigt zunächst, dass Inklusion an immer mehr Schulen praktiziert wird. Gaben 2015 noch gut die Hälfte der Lehrkräfte an, dass in Ihrer Schule Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf unterrichtet werden, berichten dies jetzt schon zwei Drittel der Lehrkräfte. An den Haupt-, Real- und Gemeinschaftsschulen sind es sogar 80 Prozent der Lehrkräfte, die dies sagen. Bei den Grundschulen 66 Prozent und am Gymnasium nur noch 50 Prozent. Es zeigt sich also ein deutliches Gefälle zwischen den verschiedenen Schulformen.

Die Frage, ob sie selbst in inklusiven Lerngruppen unterrichten, bejahen über alle Schulformen hinweg 23 Prozent der Lehrkräfte. Dieser Wert ist seit 2017 um zehn Punkte gestiegen. Auch zeigt sich wieder ein starkes Gefälle zwischen dem Gymnasium und den anderen Schulformen: während am Gymnasium nur 12 Prozent der befragten Lehrkräfte selbst in inklusiven Lerngruppen unterrichten, sind es 27 Prozent an der Grundschule und 31 Prozent an den Haupt-, Real- und Gemeinschaftsschulen.

Unterm Strich lässt sich festhalten, dass inklusives Unterrichten zunimmt. Inklusion gewinnt damit sowohl für den alltäglichen Schulbetrieb als auch für die Bildungspolitik weiter an Bedeutung. Um dieses Ergebnis nicht zu verzerren, muss gesagt werden, dass wir schon immer inklusiv unterrichtet haben, unabhängig von der Schulform und unabhängig von der UN-Behindertenrechtskonvention. Was machbar war, haben wir gemacht und uns Hilfen geholt. Nach der Freigabe des Elternwillens hat Inklusion an Fahrt aufgenommen und Schulen vor neue Herausforderungen gestellt. Darüber reden wir heute, wenn wir über Inklusion reden!

SBBZ sollen erhalten bleiben

Aufschlussreich dabei ist, dass sich nach wie vor 99 Prozent der Lehrkräfte dafür aussprechen, auch bei der Einrichtung eines inklusiven Schulsystems die bisherigen Förder- und Sonderschulen zu erhalten. Dieser Wert ist seit 2015 unverändert hoch. Dies spricht für den ausgezeichneten Ruf und die dringende Notwendigkeit dieser Schulen im Land und für die herausragende Arbeit, die dort geleistet wird. Um diese Arbeit nach wie vor auf hohem Niveau halten zu können, ist das Studium der Sonderpädagogik unerlässlich! Es ist eine klare Absage an den Sonderpädagogen light, der in der vergangenen Regierungsperiode immer wieder diskutiert wurde. Der VBE erkennt hierin die klare Botschaft an die Politik die Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren zu unterstützen und hochleistungsfähig zu halten. Hier sind die Rahmenbedingungen und die Expertise vorhanden, die dazu genutzt werden, um jedes Kind bestmöglich zu fördern. Kinder benötigen passgenaue Bildungsinhalte und eine individuell ausgestaltete Lernumgebung. Die Beschulung an einem Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum ist ein Angebot zum Wohle beeinträchtigter und behinderter Kinder – sie stellt eine Chance für diese Kinder dar! Das Angebot bleibt deshalb unverzichtbar.

Akzeptanz inklusiven Unterrichtens

Während der Rückhalt für die sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren ungebrochen hoch ist, kann dies für die Einrichtung eines inklusiven Schulsystems nicht festgestellt werden. So ist die allgemeine Akzeptanz für inklusives Unterrichten sogar um zehn Prozentpunkte gesunken: Hielten 2015 noch zwei Drittel der Lehrkräfte die gemeinsame Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderung grundsätzlich für sinnvoll, sind es jetzt nur noch 56 Prozent. Gleichzeitig ist die Zahl der Lehrkräfte, die es grundsätzlich als sinnvoller erachten, Kinder mit Behinderung in Förderschulen zu unterrichten, um fünf Punkte auf 38 Prozent gestiegen. Es lässt sich damit insgesamt festhalten, dass Vertrauen in die Wirksamkeit und praktikable Umsetzung inklusiver Beschulung von Schülerinnen und Schülern allgemein zurückgegangen ist.

Mit inklusiven Lerngruppen an der eigenen Schule steigt der Anteil der Zustimmung zur Inklusion allerdings um neun Prozentpunkte an. Wir erhalten demnach ein durchaus

komplexes Bild: Während Inklusion insgesamt zunimmt, sinkt deren allgemeine Akzeptanz. Zugleich ist die Akzeptanz an inklusiven Schulen ausgeprägter als an nicht-inklusive Schulen.

Vor- und Nachteile der Inklusion

Es lohnt sich daher tiefer in die Analyse zu gehen und nach den Argumenten für und gegen eine inklusive Unterrichtung zu fragen. Dies haben wir bei den Lehrkräften offen und ohne Vorgaben abgefragt. Bei den Argumenten, die für eine inklusive Beschulung sprechen, wird am häufigsten der Abbau von Vorurteilen, soziales Lernen und die Förderung sozialer Kompetenzen genannt. Jeweils etwa ein Viertel der Befragten haben dies angegeben. Jeder Fünfte nennt zudem die Förderung von Toleranz sowie die bessere Integration von Kindern mit einer Behinderung. Einige Lehrer weisen jedoch auch darauf hin, dass der Nutzen eines inklusiven Unterrichtes abhängig von der Art und Schwere der Behinderung sei. Aspekte fachlicher Leistung wurden nicht genannt.

Als Argumente gegen Inklusion führen 14 Prozent der Befragten an, dass eine individuelle Förderung beider Gruppen bei gemeinsamer Unterrichtung nicht möglich sei. Weitere zwölf Prozent sagen, dass nicht behinderte Kinder durch die Inklusion benachteiligt würden. Der mit Abstand am häufigsten genannte Grund gegen inklusives Unterrichten ist jedoch das fehlende Fachpersonal an Regelschulen. 27 Prozent der Lehrkräfte haben dies angegeben. Hierzu passt der zweithäufigste Einwand, nämlich dass die Regelschule den erhöhten Förderbedarf behinderter Kinder nicht leisten könne. Die Lehrkräfte verweisen auf die ungenügende materielle Ausstattung der Schulen sowie die unzureichende Ausbildung beziehungsweise Schulung der Lehrkräfte für Inklusion.

Fehlende Rahmenbedingungen

Damit sind wir bei den Rahmenbedingungen, oder besser gesagt, bei den fehlenden Rahmenbedingungen. Ein zentraler Befund unserer bisherigen Inklusionsstudien ist, dass die bestehenden Rahmenbedingungen für eine gelingende Inklusion absolut unzureichend sind. Ich kann an dieser Stelle bereits vorwegnehmen, dass sich hieran leider auch mit der heute vorgestellten Umfrage nichts ändert.

Personelle Ressourcen

Wir haben gerade gehört, dass die Lehrkräfte vor allem das fehlende Fachpersonal an den Regelschulen als Haupthindernis für inklusives Unterrichten wahrnehmen. Insbesondere fordern die Lehrkräfte für inklusive Klassen die Doppelbesetzung aus Lehrkraft und Sonderpädagogin beziehungsweise Sonderpädagogen. Mit 96 Prozent sprechen sich, wie in den letzten Umfragen auch, fast alle Lehrkräfte dafür aus, dass es eine solche Doppelbesetzung geben sollte. 83 Prozent sprechen sich zudem dafür aus, dass es die Doppelbesetzung durchgängig und nicht nur zeitweilig geben sollte.

Gleichzeitig sagen aber nur 38 Prozent der Lehrkräfte, die an Schulen mit inklusiven Lerngruppen unterrichten, dass in diesen Lerngruppen tatsächlich zwei oder mehr Personen unterrichten. Über die Hälfte der befragten Lehrkräfte inklusiver Lerngruppen gibt an, dass sie den Unterricht komplett alleine stemmen müssen. Realität und Notwendigkeit klaffen hier deutlich auseinander! Während sich praktisch alle Lehrkräfte die Doppelbesetzung wünschen, kommt diese nur an einer Minderheit der inklusiven Schulen zum Einsatz.

Entsprechend wird die personelle Ausstattung, die das Land für inklusiven Unterricht zur Verfügung stellt, von 61 Prozent der Lehrkräfte als mangelhaft oder sogar ungenügend eingestuft. Dieser Wert hat sich im Vergleich zur letzten Umfrage um neun Prozentpunkte verschlechtert. Lehrkräfte aller Schulformen beurteilen die Personalsituation gleich kritisch. Angesichts der angespannten Personalsituation muss der Fortgang der Inklusion mit Bedacht angegangen werden. Es ist in dieser Situation absolut kontraproduktiv zieldifferente Settings ohne personelle Unterfütterung umsetzen zu wollen! So führt man Inklusion in die Sackgasse! Der VBE rät deutlich in diesen Fällen den Fuß vom Gas zu nehmen! Zum Wohle aller!

Der VBE fordert das Land eindringlich auf, den Lehrkräften entgegen zu kommen und für eine bessere personelle Ausstattung zu sorgen. Die Kolleginnen und Kollegen, die in inklusiven Klassen unterrichten, benötigen dringend eine angemessene und konstante Unterstützung durch die Sonderpädagogik. Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf benötigen intensivpädagogische Unterstützung durch genau hierfür ausgebildete Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen. Nur da, wo das geleistet werden kann, kann Inklusion gelingen. Wir müssen darauf achten, dass Inklusion nicht zur Schaufensterauslage ohne Inhalt wird!

Dabei ist zu beachten, dass sich eine angemessene Unterstützung auch an der Behinderungsart und der Schwere der Behinderung orientieren muss. Je nach Förderschwerpunkt gibt es unterschiedliche Unterstützungsbedarfe. In der Abfrage, welche Kinder mit entsprechendem Förderschwerpunkt den höchsten Unterstützungsbedarf haben, zeigt sich eindeutig: Es sind die Kinder mit dem Förderbedarf bei der emotional-sozialen Entwicklung, den ESE-Kindern. 87 Prozent attestieren diesen Kindern einen hohen Förderbedarf.

Für diese Kinder ist es zum einen wichtig, Beziehungen aufzubauen. Und zum anderen, ihnen zu ermöglichen, auch je nach Bedarf kurzweilig von der Lerngruppe getrennt zu werden. Hierzu bedarf es sowohl Differenzierungsräume, als auch den permanenten und konstanten Einsatz von Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen. Das Land muss hier personell aufrüsten oder inklusives Unterrichten aussetzen.

Vorbereitung auf inklusives Unterrichten

Wenn inklusiver Unterricht gelingen soll, benötigen wir allerdings nicht nur deutlich mehr Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen. Ebenso müssen die Lehrkräfte der Regelschule, die in inklusive Klassen geschickt werden, auf diese Aufgabe vorbereitet sein. Wie in den letzten Jahren zeigt unsere Umfrage jedoch, dass die Vorbereitung auf inklusiven Unterricht vollkommen unzureichend ist.

Bei drei von vier Lehrkräften, die an inklusiven Schulen unterrichten, war Inklusion nicht Teil der Ausbildung. Die Hälfte der Lehrkräfte, die inklusive Klassen unterrichten, gibt an, über keinerlei sonderpädagogische Kenntnisse zu verfügen. Dieser Befund ist alarmierend und hat sich in den letzten Jahren nicht ansatzweise verbessert. Es ist abstrus: Man forciert die Inklusion aber kümmert sich nicht um die Lehrkräfte, die dies richten sollen. Wie Inklusion in der Praxis funktionieren soll, ohne die Lehrkräfte darauf vorzubereiten, ist dem VBE ein Mysterium.

Wenn Inklusion in der Lehrerbildung schon zu kurz kommt, wäre ein hochwertiges Fortbildungsangebot von entscheidender Bedeutung. Es ist in dieser Hinsicht geradezu

erschreckend, dass dieses Angebot nur von fünf Prozent der Lehrkräfte als gut oder sehr gut eingestuft wird. 53 Prozent der Lehrkräfte bewerten es dagegen als ausreichend, mangelhaft oder ungenügend. Im Mittel erhält das Fortbildungsangebot auf inklusiven Unterricht die Schulnote 4,2. Es hat sich damit im Vergleich zu den ohnehin schon schlimmen Ergebnissen der letzten Umfragen nochmal etwas verschlechtert.

Wenn kein geeignetes Angebot zur Verfügung steht, wundert es auch nicht, dass knapp ein Drittel der inklusiv unterrichtenden Lehrkräfte berichten, dass sie bislang noch nicht an Fortbildungen zur Inklusion teilgenommen haben.

Insgesamt lässt sich damit festhalten, dass die Vorbereitung auf inklusives Unterrichten nicht akzeptabel ist. Es kann nicht sein, dass Inklusion vorangetrieben wird und es den Lehrkräften zugleich an angemessenen Möglichkeiten fehlt, sich hierauf vorzubereiten. Hier muss das Land dringend nachbessern. Die Lehrkräfte, die in inklusiven Settings arbeiten, müssen im Vorfeld qualitativ hochwertig und nachhaltig fortgebildet und damit auf ihre schwierige Aufgabe vorbereitet werden.

Weitere Unterstützung

Gelingt dies nicht, leidet hierunter nicht nur die Qualität des Unterrichts, sondern auch die Gesundheit der Lehrkräfte. Wenn Lehrkräfte, die nicht darauf vorbereitet sind, Kinder mit ganz unterschiedlichem sonderpädagogischem Förderbedarf unterrichten müssen, kann dies zu enormen physischen und psychischen Belastungen führen. 83 Prozent der Lehrkräfte an inklusiven Schulen berichten jedoch, dass es an ihrer Schule keine Maßnahmen zur Unterstützung bei der Bewältigung dieser Belastungen gibt. Diese Zahl ist viel zu hoch und weist auf einen deutlichen Handlungsbedarf hin. Lehrkräfte, die aufgrund des anhaltenden Lehrermangels und immer neuer Aufgabenstellungen ohnehin bereits am Limit agieren, sollen nun auch noch Inklusion leisten. Sie dürfen hierbei nicht allein gelassen werden. Wünschenswert wäre der Ausbau von Unterstützungssystemen, etwa in Form von Schulpsychologen, Pädagogischen Assistenten und Schulsozialarbeitern.

Inklusive Klassen

Ein weiterer Baustein für eine erfolgreiche Inklusion, neben der Vorbereitung, Fortbildung und Unterstützung der Lehrkräfte, ist die Klassengröße. Seit 2016 befragen wir die Lehrkräfte, an deren Schule es bereits inklusive Lerngruppen gibt, wie groß diese sind und wie viele inklusive Kinder sie enthalten. 2016 waren es im Schnitt 3,7 Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf je inklusiver Klasse – heute sind es genau vier. Die Gesamtschülerzahl lag 2016 bei rund 16 Kindern je inklusiver Klasse. 2017 lagen wir dann schon bei rund 18 Kindern. Dieses Jahr sind wir bei rund 19 Kindern je inklusiver Klasse angekommen.

Dies ist eine Besorgnis erregende Entwicklung, die dringend umzukehren ist. Jedes Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf stellt eine zusätzliche Herausforderung für den Unterricht und die betreffenden Lehrkräfte da. Nur in kleinen Klassen und mit Unterstützung durch eine ausreichende Stundenzuweisung durch die Sonderpädagogik, können die Schülerinnen und Schüler inklusiver Klassen angemessen gefördert werden. Die Klassengröße ist daher bei inklusiver Beschulung zu verkleinern. Keinesfalls darf sie die Maximalanzahl von 20 Schülerinnen und Schüler überschreiten. Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf sollten dabei doppelt gezählt werden.

Barrierefreiheit

Neben einer reduzierten Klassengröße wäre die Barrierefreiheit der Schulen eine absolute Grundvoraussetzung für eine gelingende Inklusion. Die Realität sieht leider anders aus. So können nur 18 Prozent der Lehrkräfte an Schulen mit inklusiven Lerngruppen davon berichten, dass ihre Schule vollständig barrierefrei ist. 41 Prozent der Lehrkräfte geben an, dass ihre Schule überhaupt nicht barrierefrei ist, obwohl es inklusive Lerngruppen gibt. Diese Werte sind umso ernüchternder, da fast die Hälfte dieser Lehrkräfte angibt, dass die Barrierefreiheit an ihrer Schule zu vertretbaren Kosten umsetzbar wäre.

Hier stehen die Schulträger ganz klar in der Pflicht. Das Ziel der Inklusion soll es sein, Kindern mit einer Behinderung, die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Wenn dies bereits an der Barrierefreiheit der Schulgebäude scheitert, dann brauchen wir erst gar nicht weiter über Inklusion zu reden. Die Barrierefreiheit sollte für

inklusive Schulen eine Selbstverständlichkeit sein und muss unverzüglich in Angriff genommen werden.

Räumliche Ausstattung

Wer Inklusion will, muss die Schulgebäude entsprechend gestalten. Barrierefreiheit allein reicht jedoch nicht. Nötig sind auch zusätzliche Räume, etwa für zieldifferenten Unterricht oder zusätzliche Beratungsgespräche. Hier gibt es zunächst positives zu berichten: 80 Prozent der Lehrkräfte mit inklusiven Lerngruppen geben an, dass an ihrer Schule Beratungszimmer zur Verfügung stehen.

Räume für Kleingruppen sind allerdings nur an 58 Prozent und Differenzierungsräume nur an 50 Prozent der entsprechenden Schulen vorhanden. Arbeitsplätze für Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen stehen sogar nur an rund jeder dritten Schule mit inklusiven Lerngruppen zur Verfügung. Diese Werte haben sich in den letzten Jahren in der Tendenz verschlechtert. Ärgerlich ist hierbei insbesondere der letztgenannte Wert: Wenn nur an jeder dritten inklusiven Schule Arbeitsräume für Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen zur Verfügung stehen, kann Inklusion kaum gelingen. Wir haben gehört, dass die Lehrkräfte oft unzureichend auf die Inklusion vorbereitet sind. Sie benötigen dringend die Unterstützung durch ausgebildete Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen - diese benötigen Arbeitsplätze vor Ort.

Medikation

Abschließend kommen wir zu einem empfindlichen Thema beim inklusiven Unterricht: Der Medikation von Kindern mit Behinderung. Diese übernimmt in 19 Prozent der Fälle die Lehrkraft. Dieser Wert ist in den letzten Jahren zum Glück etwas gesunken. Trotzdem ist er noch viel zu hoch. Die Lehrerausbildung ist momentan noch damit beschäftigt, überhaupt das Thema Inklusion in das Curriculum zu bekommen. Medizin ist kein Teil der Ausbildung von Lehrkräften. Wir haben deshalb 2017 gemeinsam mit dem Bundesverband der Kinder- und Jugendärzte die Gesundheits- und Kultusministerien auf Bundes- und Landesebene dazu aufgefordert, Schulgesundheitsfachkräfte einzuführen. Diese sind in anderen Ländern gang

und gäbe und werden auch in Baden-Württemberg dringend benötigt. Lehrkräfte, die Medikamente verabreichen, begeben sich in eine rechtliche Grauzone.

Fazit

Damit kommen wir zum Fazit der heutigen Präsentation. Ich möchte an dieser Stelle die insgesamt doch sehr ernüchternden Ergebnisse nochmal zusammenfassen:

- An Schulen, die in vier von zehn Fällen nicht barrierefrei sind,
- unterrichteten Lehrkräfte, die mehrheitlich über keine sonderpädagogischen Kenntnisse verfügen,
- ohne die Möglichkeit, sich in Kürze qualitativ hochwertig fortbilden zu können,
- immer größer werdende inklusive Klassen,
- und das oftmals ohne Unterstützung durch Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen.

Kurz: Die Inklusion im Land nimmt weiter zu, ohne dass hierfür die notwendigen Gelingensbedingungen vorliegen.

Wir fordern deshalb:

1. Der Erhalt der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren ist zwingend notwendig - sie müssen mit den erforderlichen Ressourcen ausgestattet sein.
2. Die Verantwortung für inklusiv beschulte Kinder muss weiterhin in den Händen der Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen liegen.
3. Die Lehrkräfte, die in inklusiven Settings arbeiten, müssen im Vorfeld qualitativ hochwertig und nachhaltig fortgebildet und damit auf ihre schwierige Aufgabe vorbereitet werden.
4. Die Klassengröße muss bei inklusiver Beschulung reduziert werden und darf die Maximalanzahl von 20 Schülerinnen und Schüler nicht überschreiten. Die Unterstützung im inklusiven Unterricht muss sich zudem an der Behinderungsart und der Schwere der Behinderung orientieren.
5. Schulen mit inklusiven Klassen sind barrierefrei zu gestalten.